Die Erziehung zum Staatsbürger.

Die immer zunehmende Zerklüftung der Parteien hat dem Deutschen endlich gezeigt, daß sein politisches Leben an einem großen Fehler krankt, daß er politisch nicht erzogen ist. So ist es gekommen, daß in jeder Partei mehr oder minder nicht die tiefe Einsicht in die staatlichen Notwendigkeiten und Rechtsverhältnisse, sondern ein Schlagwort, auf das alt und jung sich festgelegt, eine Rolle spielt. Der Deutsche hat in letzter Zeit immer stärker den Mißstand empfunden, der darin liegt, daß die jungen Leute zu wenig vorbereitet ins praktische und insbesondere ins politische Leben treten. Wenn der Satz, daß wir nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen, richtige Geltung haben soll, so muß sich eben der Unterricht vor allem auch auf die Gebiete erstrecken, die Bedeutung für das praktische Leben haben und dazu gehört die

Kenntnis des staatlichen Lebens

und auch eine gewisse Summe von Rechtskenntnissen. Es ist nicht angängig, daß der junge Mensch erst bei seinem Eintritt ins Leben das verschlungene Netz der Gesetzesparagraphen in der Praxis kennen lernt. Wenn nun auch gewiß nicht verlangt werden kann, daß die Schule Politiker oder Juristen heranbildet, so muß aber gefordert werden, daß die moderne Schule jedem eine gewisse Grundlage bietet, von der aus er das Gebiet der Staatseinrichtungen und des im Staate geltenden Rechts zu überschauen vermag. Freilich darf nicht verkannt werden, daß sich ein solcher Unterricht ziemlich schwer gestalten, denn es ist nicht nur eine völlig unparteiische Bürgerkunde zu lehren. Das aber wäre die Voraussetzung, denn die Jugend dürfte in keinem Falle im Sinne einer Partei oder nach einer Regierungsvorschrift zum Staatsbürger herangebildet werden. Wird doch heute schon häufig genug geklagt, daß der Geschichtsunterricht die

notwendige Unparteilichkeit

vermissen lasse. Nun ist vor einigen Wochen von einem Komitee ein Aufruf ergangen, der die Bürger auffordert, an der Erziehung der Jugend zu Staatsbürgern mitzuarbeiten. Leider wird diese Erziehung nur für die höheren Schulen und für die Universität gefordert. Diese Beschränkung erscheint von vornherein gefährlich, außerdem aber läßt sie sich auch nur schwer begründen. Wenn man sich darüber einigt, was eigentlich gelehrt und wie der Lehrplan beschaffen sein soll, so liegt keine Veranlassung vor, die Volksschule und vor allem die Fortbildungsschule von den Segnungen dieser Neueinrichtung auszuschließen. Wenn der Unterricht über Staatsrecht und soziale Fragen dem Geschichtsunterricht, der Unterricht in Wirtschaftskunde (Volkswirtschaft) dem Geographieunterricht in der geeigneten Weise angegliedert wird, so ist nicht zu befürchten, daß das Verständnis des Volksschülers diesen Dingen gegenüber versagen wird. Gerade die Besucher der Fortbildungsschule, die schon im praktischen Leben stehen, sind meist auch schon mehr oder minder politisch festgelegt. Wenn also in bezug auf die Staatsbürgererziehung eine

durchgreifende Reform

vorgenommen werden soll, wird man zumindest die Fortbildungsschule nicht ohne weiteres übergehen dürfen. Die Folgen würden sicher nicht ausbleiben. In erster Linie wäre eine Belebung des staatlichen und politischen Interesses überhaupt zu erwarten. Niemand wird leugnen, daß wir unter einer politischen Gleichgültigkeit leiden, die aus allen Schichten der Bevölkerung dem Staate wertvolle Kräfte entzieht. Wird aber das politische Interesse schon auf der Schule geweckt, so würde sich auch in Deutschland bald jene reglame Anteilnahme am politischen Leben zeigen, um die wir England, Frankreich, die Schweiz und viele andre Staaten beneiden müssen.

Wlchter.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die Meldung griechischer Blätter, daß König Georg von Griechenland dem Kaiser auf Korfu einen längeren Besuch abstatten wird, findet halbamtlich ihre Bestätigung.

* Kaiser Wilhelm hat den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg eingeladen, beim Stapellauf des „Prinz Hildebrandt", auf der kaiserlichen Werft in Kiel am 22. März die Taufrede zu halten. Den Taufakt wird die Kaiserin vollziehen.

* Der Bundesrat wird, wie verlautet, die Beratungen über den Entwurf des Reichsversicherungsgesetzes für die Privatbeamten demnächst wieder aufnehmen. Man kann mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Vorlage noch in den nächsten Tagen zur Verabschiedung gelangt, so daß die Einbringung im Reichstag bald zu erwarten ist.

* Die preußische Regierung hat genehmigt, daß die Beschränkung des zollfreien Grenzverkehrs mit Holland zum 1. April aufgehoben wird. Das bedeutet für die Bewohner des Grenzbezirks eine wesentliche Erleichterung im Kleinverkehr, da eine Menge bis zwei Kilogramm frei eingeführt werden darf.

* Bisher war angenommen worden, daß der Entwurf des preußischen Wasserstraßengesetzes dem Abgeordnetenhause noch in dieser Tagung vorgelegt werden würde, um ihn dann zur Vorbereitung einer Zwischenkommission nach Art derjenigen, die die Reichsversicherungsordnung vorberaten hat, zu überweisen. Nach dem Stande der Arbeiten an jenem Entwurfe erscheint es aber ausgeschlossen, daß er vor dem Monat Juni zur gesetzgeberischen Behandlung reif wird.

* Nach einer Bekanntmachung des bayrischen Staatsministers des Innern ist das Verbot der Einfuhr von Schlachtrindern, Schlachtschafen und Schlachtschweinen aus den ungarischen Sperrgebieten sowie aus den österreichischen Sperrgebieten, für die es seit dem Herbst bestand, aufgehoben.

Österreich-Ungarn.

* Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm nach stürmischen Zusammenstößen zwischen Tschechen und Deutschen den Voranschlag zum Etat des Ministeriums des Innern unverändert an. Ein Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, mit der ungarischen Regierung über die Ergreifung von entschiedenen Maßregeln gegen die von der preußischen Regierung angeordnete Massenausweisung von österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in Verhandlung zu treten, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Frankreich.

* Für die erste Aprilwoche werden in Paris Erklärungen des Ministers des Äußeren, Cruppi, über die auswärtige Politik des Kabinetts Monis angekündigt. Man dürfe, wie in amtlichen Kreisen bemerkt wird, von diesen Mitteilungen nichts andres erwarten, als eine neue Bekräftigung der Grundsätze, durch die die Leitung der internationalen Angelegenheiten der Republik bisher bestimmt worden ist. Das Bündnis Frankreichs und seine Abkommen bleiben auch weiterhin so richtunggebend, daß in keiner der unter diesem Gesichtspunkte zu beurteilenden Einzelfragen unter dem Walten des jetzigen Kabinetts eine andre Stellungnahme als unter dem früheren Ministerium voranzusehen ist. Berichten, die man in Paris erhalten hat, ist mit Befriedigung entnommen worden, daß man überall im Auslande von der unveränderten Aufrechterhaltung des bisherigen Charakters der auswärtigen Politik der Republik überzeugt ist.

England.

* Der englische Flottenverein hat in einem offenen Brief an die Regierung gefordert, daß England jährlich zwölf Schlachtschiffe (an Stelle der geplanten sechs) bauen und einen Reichs-Admiralstab errichten soll.

Afrika.

PR Die auf Grund der Algeciras-Akte seitens Frankreichs den Mächten mitgeteilte verstärkte Ansammlung französischer Truppenkörper im Norden Marokkos zum Zwecke der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung hat bei den beteiligten Staaten keinen Widerstand gefunden. Was Deutschland anbelangt, so hat es auf die amtliche Anzeige der Regierung hin beschlossen, in keinerlei Notenwechsel einzutreten, da die französischen Aufklärungen für genügend erachtet wurden und die französischen Maßnahmen sich durchaus im Rahmen der Algecirasakte bewegen.

Asien.

PR Die von der russisch-chinesischen Grenze vorliegenden Nachrichten lassen deutlich erkennen, daß China mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet. Der Gouverneur von Charbin hat das Betreten militärischer Gebiete (Kasernen und Übungsplätze) durch Anschlag bei strenger Strafe verboten, vermutlich, weil dort große Mengen von Munition, die die Rüstungen im vollen Umfange erkennen lassen, lagern. Den vorsprechenden Körperschaften, welche zur Beruhigung der Bevölkerung vom Gouverneur die Zusicherung zu haben wünschten, daß China nicht mit einem bevorstehenden Kriege rechne, erklärte dieser, er könne nicht ja und nicht nein sagen und habe nichts zu tun, als den Weisungen aus Peking zu folgen.

* Die innerpolitische Lage in China ist durch den Konflikt mit Rußland äußerst schwierig geworden. Während die Regierung bereit ist, mit Rußland wegen der Handelsrechte in der Mongolei zu verhandeln, wünschen weite Kreise des Volkes eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Zarenreiche.

* Im gesetzgebenden Rat in Indien hat die Regierung einen Gesetzentwurf als Ersatz für das Gesetz gegen aufrührerische Versammlungen eingebracht, das am 31. März außer Kraft tritt. Das neue Gesetz gestattet, in Versammlungen rein politische Angelegenheiten zu erörtern, falls dies nicht Erregung und Friedensbruch zur Folge hat, und schränkt in gewisser Hinsicht die Macht ein, die den lokalen Aufsichtsbehörden durch das außer Kraft tretende Gesetz gegen aufrührerische Versammlungen verliehen war.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Donnerstag die Einzelberatung des Etats für das Reichsamt des Innern beim Kapitel „Allgemeine Fonds". Auf eine Anfrage des Abg. Bassermann (nat.-lib.), wie es mit einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt stände, erklärte Staatssekretär Delbrück, eine Reichsanstalt halte er nicht für notwendig. Jedoch müsse alles getan werden, um zu verhindern, daß Deutschland in der Luftschiffahrt überflügelt werde. Abg. Drescher (kons.) begründete eine Resolution, die eine Vereinbarung der deutschen Ostseeuferstaaten über Regelung der Ostseefischerei und zum Schutze des Fischbestandes, sowie ein internationales Abkommen über die Befischung der Ostsee fordert. Abg. v. Kapherr (kons.) befürwortete eine Resolution, die die Landesregierungen zur Unterstützung des Vereins für soziale innere Kolonisation zwecks Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose auffordert. Staatssekretär Delbrück betonte, die Frage könne nicht durch Gesetze, sondern nur aus dem Volke heraus gelöst werden. Abg. Schiffer (Zentr.) empfahl eine Resolution, die die Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Textilindustrie verlangt. Die drei Resolutionen wurden angenommen. Abg. Oser (fortschr. Vp.) verlangte Maßregeln gegen die zunehmende Monopolisierung der Elektrizitätsgesellschaften. Staatssekretär Delbrück erklärte, daß die Gewerbeordnung keine Handhabe biete, um gegen die elektrischen Großbetriebe einzuschreiten; dies könnte nur durch ein Elektrizitätsgesetz geschehen, man müsse dann die Werke verstaatlichen oder konzessionieren.

Am 17. d. Mts. nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort

Präsident Graf Schwerin: Heute vor fünfzig Jahren ist der italienische nationale Einheitsstaat offiziell begründet worden, und das ganze italienische Volk feiert heute diese Begründung und Vereinigung des Königreichs Italien. (Lebhafter Beifall. Die Abgeordneten haben sich bis auf einige Zentrumsabgeordnete von den Plätzen erhoben.) Das deutsche Volk wird an dieser Feier des ihm verbündeten und befreundeten italienischen Volkes den lebhaftesten Anteil nehmen. Ich habe mir deshalb gestattet, im Namen des deutschen Reichstages an den Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer ein Telegramm zu richten. (Beifall.) Ihr Beifall zeigt mir, daß ich mit dieser Kundgebung in Ihrem Sinne gehandelt habe. Ich stelle das mit Befriedigung fest.

Das Haus setzt darauf die Beratung des Kapitels des Reichsamts des Innern beim Kapitel „allgemeine Fonds": Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise, fort.

Abg. Severing (soz.): Die Arbeitgeberverbände mit ihren „schwarzen Listen" sind der schlimmste Herd der Beunruhigung im wirtschaftlichen Leben. Sie sind schuld an vielen großen Streiks. Wie bleibt die gesetzliche Regelung der Frage?

Abg. Giesberts (Zentr.): In die Arbeit des Verbandes muß mehr System kommen. Auch wir bedauern die Ausbreitung der Arbeitgebernachweise.

Abg. Geck (soz.) fordert die Gründung eines Reichsschulmuseums.

Beim Kapitel: „Schiffsvermessungsamt" fordert

Abg. Metzger (soz.) staatliche Kontrolle der Seetüchtigkeit der Schiffe anstelle der privaten. Redner trägt eine Reihe von Fällen bei der Firma Sloma vor, in denen Seeleute zu Schaden gekommen sein sollen, weil die Schiffe veraltet und das Material minderwertig war.

Ministerialdirektor v. Jonquières: Seeunfälle werden vorkommen, solange auf See gefahren wird. Wasser hat keine Balken. Die Verantwortung muß dem Schiffsführer überlassen bleiben. Sie können nicht verlangen, daß jedes Schiff von einem Mitgliede der Seeberufsgenossenschaft untersucht wird. Nur bei Auswandererschiffen findet eine solche Kontrolle statt. Die Schiffahrt muß eben nach den Grundsätze der Rentabilität betrieben werden. Er protestiere dagegen, daß man die Ehre der Handelsschiffahrt herabsetzt. Die Ehre wollen wir hochhalten. (Beifall, Abg. Ledebour ruft: Unsinn!) Für Sie mag das Unsinn sein, für uns nicht.

Vizepräsident Schultz rügt den Ausdruck Unsinn.

Abg. Schwartz-Lübeck (soz.): Für den Verlust eines Schiffes kommt nicht nur das Alter, sondern auch die Besatzung in Betracht. Letztere ist wegen der geringen Löhnung minderwertig.

Abg. Kirsch (Ztr.): Der Beweis, daß die Kontrolle der Seeberufsgenossenschaft mangelhaft ist, ist nicht erbracht.

Abg. Heckscher (fortschr. Vp.): Die Firma Sloma steht in dem Rufe großer Sparsamkeit. Aber das Urteil über diese Unfälle ist ja noch nicht gesprochen. Der Vorwurf, daß die Firma Sloma bewußt die Schiffe seeuntüchtig gehalten habe, ist ungerechtfertigt. Die staatliche Aufsicht hatte allerdings in einigen Fällen versagt.

Abg. Raab (Rfp.): Diese Fragen können bei der allgemeinen Beratung des Etats nicht genügend erörtert werden. Meiner Ansicht nach war der Ton des Regierungsvertreters nicht der Situation angemessen. Für die Sicherheit der Mannschaft kann aber noch manches mehr getan werden.

Abg. Molkenbuhr (soz.): Das Argument des Regierungsvertreters, daß das Wasser keine Balken hat, ließ erkennen, daß es mit den anderen Argumenten nicht weit her ist. Der Kapitän kann nicht immer so handeln wie er möchte, wenn die Reedereien kein Geld dazu bewilligen. Das Leben eines Seemanns ist ebenso wichtig wie das eines andern Menschen.

Abg. Hormann (fortschr. Vp.): Der Vorredner ist in seiner Kritik doch zu weit gegangen. Ob eine Reederei gefehlt hat, gehört der Entscheidung der Gerichte. Und daß die Seeberufsgenossenschaft alles mögliche getan hat, ist ja von niemand bestritten worden. Und darauf kommt es hier beim Etat an.

Damit schließt die Besprechung und das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Statistisches Amt".

Abg. Frhr. v. Gamp (freik.): Ich wiederhole meine frühere Anregung, die Statistik zu vereinfachen. Eine nochmalige Bearbeitung landesstatistischer Aufnahmen im Reichsamt ist unnötig. Schon aus finanziellen Gründen ist dies erforderlich.

Abg. Rösicke (kons.): Ich möchte mir zur Statistik einige Bemerkungen gestatten. Das Flugblatt des Hansabundes enthält recht rohe Angaben über die Produktionswerte. Ohne jeden Beweis behauptet es, die Leistungen der Industrie seien erheblich größer als die der Landwirtschaft. Der Bund der Landwirte hat dies zurückgewiesen. Diese Zurückweisung hat aber die Mißbilligung des Herrn Stresemann gefunden. Er suche zu widerlegen, daß der Produktionswert der Landwirtschaft 12 Milliarden, der der Industrie 9 Milliarden ausmacht. Er übersieht aber, daß Lohnsätze und Produktionswert durchaus ungleichmäßig sind. Bei der Volksstatistik stießen die einzelnen Tätigkeiten ineinander und niemand kann sagen, daß die Löhne durchaus für die Herstellung von Produkten gezahlt sind. Herr Stresemann hat hier lediglich eine vollständige Unkenntnis der Verhältnisse gezeigt.

Einige Redner bringen noch unwesentliche Sonderwünsche vor, dann wird die Weiterberatung vertagt. Präsident Graf Schwerin teilt am Schluß der Sitzung mit, daß ein Dankestelegramm des Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer eingegangen sei.

Ursula Drenck.

8] Roman von Paul Grabein.

(Fortsetzung.)

Ein erneutes Aufschluchzen klang vom Fenster her; durch des Mädchens ganze, schlanke Gestalt ging ein krampfhaftes Aufzucken. Das stumme, schwerzerrissene Eingeständnis besänftigte die Tante etwas. Langsam ging sie zu Ursula und faßte sie um die Schulter.

„Na, ich will nicht weiter davon reden. Ich sehe ja, du hast dir das alles selbst gesagt. Und ich denke, es wird dir ein Denkzettel sein für alle Zeit." Wieder erschütterte es gewaltsam Ursulas Leib. „Aber nun hör' mal: Noch ist doch nicht alles verloren. Die Sache läßt sich ja doch wieder einrenken — wenn ihr nur wollt."

Ursula fuhr zusammen: Da war das Wort, das sie erwartet, heimlich ersehnt hatte, und doch bäumte sich trotz allem noch immer der Stolz in ihr auf. Sollte sie nachgeben, ihm zuerst kommen — ihm nachlaufen? Nein, niemals! Lieber alles andre! Ja, wenn er käme, wenn er nur an sie schriebe, einige wenige Worte, dann wollte sie ja reuevoll ihm ihre ganze Schuld eingestehen und ihn um Verzeihung bitten. Aber so — wo er sie keines Wortes mehr gewürdigt, sie einfach kalt abgetan hatte wie eine Verworfene — er, der denn doch auch schwere, schwerste Schuld auf sich geladen hatte!

„Ich kann ihm aber nach allem doch nicht zuerst kommen!" fuhr Ursula zur Tante herum, mit trotzigem Entschluß im Gesicht und doch mit einer geheimen Hoffnung, es möchte sich ein Ausweg zeigen.

„Und er dir ebensowenig, nachdem du ihm zuerst den Laufpaß gegeben." Ruhig entgegnete es die Tante. „Das wirst du dir wohl selbst sagen."

Ursula schwieg, den Blick zur Erde gesenkt, ihre Brust wogte in heftigem Widerstreit.

„Es ist doch an dir, den ersten Schritt zu tun." Nachdrücklich und sehr ernst klang die Mahnung der alten Dame.

Ursula war verzweifelt: das brachte sie nicht über sich, sie wäre sich ja wie entwürdigt vorgekommen. Und doch! Da plötzlich durchzuckte sie ein Gedanke.

„Tante — liebstes, liebstes Tantel!" — sie hing im nächsten Augenblick der alten Dame am Hals und erstickte sie fast mit stürmischem Anschpressen. „Geh' du hin! Sag ihm — deute ihm an, daß ich mein Unrecht einsähe, daß ich bereit wäre, wenn er zu mir käme!"

Einige Augenblicke sträubte sich Tante Marie zwar gegen diese Vermittlerrolle; aber schließlich schien es auch ihr das beste so zu sein, und sie beschloß, nun sofort zu Jörg zu fahren, um die Abwesenheit des Schwagers auszunutzen.

„O du!" Wortlos, mit innigstem Dankgefühl, wie erlöst von furchtbarem Druck, preßte Ursula ihr glühendes Gesicht auf das der gütigen Helferin, während ihre eiskalten Hände deren Rechte krampfhaft umschlossen. Ein warmes Mitleid mit dem furchtbar erregten, jungen Geschöpf überkam die alte Dame.

„Herrgott, Mädel, du bist ja ganz elend!" Und nun sah sie ihr genauer in das ordentlich schmal gewordene Gesicht, in dem die Spuren der schrecklichen letzten Tage und Nächte standen. „Na, nun beruhige dich mal wieder." Tröstlich klopfte sie Ursula die Schulter. „Ich werde die Geschichte schon wieder in Ordnung bringen."

Und schnell machte sie sich fertig, ihre bedeutungsvolle Mission auszuführen.

* * *

Eine Stunde bald saß Ursula schon im Eß- und Wohnzimmer im alten Ledersauteuil des Vaters am Fenster und harrte mit ständig steigender Unruhe und Angst der Rückkehr der Tante.

Ein mattes Dämmerlicht wob in dem Raum; sie hatte die Gasflamme hinter dem grünen Stoffschirm der Krone ganz klein gedreht, damit kein störender Lichtschein durch die halboffene Tür ins Nebenzimmer fiel, wo Fred auf seinem Schmerzenslager ruhte, jetzt gerade von einem wohltätigen Schlaf umfangen.

Ganz still war es in dem dunklen Gemach; nur das Ticken des Regulators überm Sofa klang an ihr Ohr, regelmäßig, rastlos, wie das lebendige Atmen dieses Raumes. Gedankenverloren lag Ursula in dem Stuhl. Nur dann und wann horchte sie auf, wenn draußen auf der Straße ein Wagen dumpf heranrollte — vielleicht die Tante mit ihrer angstvoll ersehnten Botschaft — oder wenn von drinnen, aus dem Krankenzimmer, ein leises Rascheln scholl.

Elends fuhr sie dann auf und schlich sich auf den Zehen bis an die Tür, von wo sie den Blick über Freds Lager hatte. Spähte sie dann in das Halbdunkel des kleinen Zimmers, ihres Stübchens, hinein, das jetzt den schwer Leidenden beherbergte. Ungewiß leuchtete ihr aus der Dämmerung das fahle, blutleere Antlitz Freds mit den tiefen Schatten um Augen und Wangen entgegen, das, zur Seite geneigt, matt auf dem Kopfkissen lag; die blassen Lippen ein wenig geöffnet. Das weißblonde Haar und der Bart, sonst immer so tadellos frisiert, hingen jetzt wirr ins Gesicht.

Mit geheimer Scheu nur konnte Ursula dies Leidensgesicht sehen: War es nicht ihre Schuld, daß der Unselige da so lag? Wenn nun freilich auch, nach dem Urteil der Ärzte, die Gefahr für sein Leben abgewendet war, blieb nicht auch noch Qual und Pein genug für jenen übrig, das sie sich zurechnen mußte?

Mit schweren Gedanken kehrte Ursula jedesmal von solchem Beobachten auf ihren Platz am Fenster zurück. Wenn nur die erlösende Botschaft kam, auf die sie hier in Angst harrte, würde sie sich dann wirklich freuen können — dürfen? Was würde der Onkel dazu sagen, wenn er erführe, daß die beiden sich wieder, ohne Schaden und bleibenden Nachteil, geeint hätten, um derentwillen er so Furchtbares erlitten hatte?

Immer und immer wieder drängte sich Ursula diese Frage auf, die sie in einen quälenden Zwiespalt versetzte.

Damals, unter dem ersten vernichtenden Eindruck des Schrecklichen, als Fred für